

Antworten auf die Wahlprüfsteine der Landesgruppe Berlin des Deutschen Verbandes Ergotherapie e.V. (DVE) zur Abgeordnetenhauswahl 2026

Sehr geehrte Frau Bartenstein,

vielen Dank für Ihr Schreiben und die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine. Wir danken Ihnen ebenso für Ihren Einsatz für die Weiterentwicklung der therapeutischen Gesundheitsberufe.

Ergotherapeutinnen und Ergotherapeuten leisten einen unverzichtbaren Beitrag für Selbstbestimmung, gesellschaftliche Teilhabe und Lebensqualität von Menschen jeden Alters. Angesichts des demografischen Wandels, der Zunahme chronischer Erkrankungen und des Fachkräftemangels gewinnt ihre Arbeit weiter an Bedeutung. Gleichzeitig steht unser Gesundheitswesen vor der Aufgabe, Versorgung stärker sektorenübergreifend zu organisieren, Innovationen schneller in die Praxis zu bringen und therapeutische Kompetenzen noch besser in interprofessionelle Versorgungsstrukturen einzubinden.

Als Freie Demokraten setzen wir uns für ein Gesundheitswesen ein, das den Menschen in den Mittelpunkt stellt, wissenschaftliche Erkenntnisse konsequent nutzt und den Beschäftigten im Gesundheitswesen gute Rahmenbedingungen bietet. Dazu gehören leistungsfähige Ausbildungs- und Hochschulstrukturen ebenso wie weniger Bürokratie, mehr Digitalisierung und eine bessere Verzahnung von Forschung, Versorgung und Gesundheitswirtschaft.

Für die Beantwortung Ihrer Fragen haben wir auch Künstliche Intelligenz genutzt. Unsere Antworten basieren auf unserem Wahlprogramm für die Abgeordnetenhauswahl 2026 sowie auf den Beschlüssen der FDP Berlin und wurden durch die Fachsprecherinnen und Fachsprecher des Landesvorstands geprüft und überarbeitet.

Ihre Fragen beantworten wir gerne wie folgt:

1. Wie wird Ihre Partei nach der Beendigung des primärqualifizierenden PT/ET-Studiengangs an der ASH Berlin sicherstellen, dass eine nachhaltige hochschulische Ausbildung im Land sicher verortet und langfristig finanziert wird?

Für die FDP Berlin ist klar: Berlin muss auch künftig ein leistungsfähiger Hochschulstandort für Gesundheitsfachberufe bleiben. Die zunehmende Komplexität der Gesundheitsversorgung, der Anspruch einer evidenzbasierten Versorgung sowie die internationale Entwicklung sprechen dafür, akademische Ausbildungsangebote für therapeutische Gesundheitsberufe dauerhaft zu sichern und weiterzuentwickeln.

Unser Ziel ist dabei nicht die Akademisierung als Selbstzweck. Entscheidend ist vielmehr, dass Patientinnen und Patienten von einer qualitativ hochwertigen Versorgung profitieren und Berlin im internationalen Wettbewerb um Fachkräfte, Forschung und Innovation attraktiv bleibt. Hochschulische Ausbildung, berufspraktische Kompetenz und wissenschaftliche Weiterentwicklung gehören für uns zusammen.

Berlin verfügt mit seiner Hochschul- und Wissenschaftslandschaft über hervorragende Voraussetzungen. Diese Potenziale wollen wir konsequent nutzen und Hochschulen die notwendige Freiheit geben, innovative Studienangebote weiterzuentwickeln.

Gleichzeitig wollen wir die Gesundheitsversorgung, Forschung und Gesundheitswirtschaft stärker miteinander verzahnen, damit wissenschaftliche Erkenntnisse schneller in der Versorgung ankommen und Versorgungsinnovationen entstehen.

Dabei ist uns wichtig, dass Studienangebote langfristig planbar sind. Für Studierende ebenso wie für Hochschulen und Praxiseinrichtungen braucht es verlässliche Rahmenbedingungen statt befristeter Modellstrukturen. Die konkrete organisatorische Ausgestaltung muss gemeinsam mit den Hochschulen und den beteiligten Berufsgruppen erfolgen.

2. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Akademisierung der therapeutischen Gesundheitsberufe in Berlin voranzutreiben, um die Qualität der Versorgung zu sichern und Kosten durch neue Versorgungsmodelle zu sparen?

Wir sehen die Akademisierung therapeutischer Gesundheitsberufe als wichtigen Baustein einer modernen Gesundheitsversorgung. Sie ermöglicht wissenschaftliches Arbeiten, stärkt die Evidenzbasierung therapeutischer Maßnahmen und verbessert die internationale Anschlussfähigkeit des Gesundheitsstandortes Berlin.

Dabei betrachten wir die Akademisierung jedoch nicht isoliert. Ebenso wichtig sind attraktive Ausbildungsbedingungen insgesamt. Deshalb setzen wir uns für den Ausbau der Ausbildungskapazitäten der Gesundheitsfachberufe sowie die dauerhafte Schulgeldfreiheit ein. Gleichzeitig wollen wir bürokratische Hürden abbauen und die Digitalisierung der Gesundheitsversorgung konsequent vorantreiben.

Neue Versorgungsmodelle entstehen aus unserer Sicht insbesondere dort, wo unterschiedliche Berufsgruppen eng zusammenarbeiten. Deshalb unterstützen wir eine stärkere interprofessionelle Zusammenarbeit zwischen Ärztinnen und Ärzten, Therapeutinnen und Therapeuten, Pflegeberufen sowie weiteren Gesundheitsberufen. Moderne digitale Anwendungen, Telemedizin und sektorenübergreifende Versorgung können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

Wir sind allerdings zurückhaltend bei der Erwartung, dass Akademisierung allein automatisch zu Kosteneinsparungen führt. Vorrangiges Ziel sollte eine qualitativ bessere, patientenorientierte Versorgung sein. Effizienzgewinne können sich daraus ergeben, sie sollten jedoch wissenschaftlich nachgewiesen und nicht lediglich vorausgesetzt werden.

3. Der Reformstau bei den Berufsgesetzen der Therapieberufe besteht seit Jahrzehnten – welche konkreten Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um diesen Zustand zu beenden und eine zukunftsfähige, akademisch ausgerichtete und international konkurrenzfähige Ausbildung verbindlich sicherzustellen?

Die grundlegenden Berufsgesetze der Gesundheitsfachberufe liegen überwiegend in der Gesetzgebungskompetenz des Bundes. Als Berliner Landespartei halten wir es deshalb für wichtig, die jeweiligen Verantwortlichkeiten klar zu benennen.

Unabhängig davon werden wir uns auf Bundesebene für moderne gesetzliche Rahmenbedingungen einsetzen, die eine zeitgemäße Ausbildung, wissenschaftliche Weiterentwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit der Gesundheitsfachberufe ermöglichen. Ausbildungs- und Berufsgesetze müssen regelmäßig überprüft und an den medizinischen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt angepasst werden.

Berlin selbst kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten, indem das Land attraktive Studien- und Ausbildungsangebote vorhält, Forschung stärkt, Innovationen fördert und den Wissenstransfer zwischen Hochschulen, Versorgungseinrichtungen und Unternehmen verbessert. Gerade als bedeutender Life-Science- und Gesundheitsstandort sollte Berlin hier Vorreiter sein.

Für uns gilt dabei ein Grundsatz: Gute Berufspolitik entsteht nicht durch immer neue Regulierungen, sondern durch leistungsfähige Bildungsinstitutionen, wissenschaftliche Freiheit und eine Gesundheitsversorgung, die Innovationen zulässt und fördert.

4. Wie positioniert sich Ihre Partei zur Kooperationsvereinbarung des Integrierten Gesundheitsprogramms (IGP) und beabsichtigt sie, diese fortzuführen?

Wir begrüßen grundsätzlich alle Maßnahmen, die Prävention, Gesundheitsförderung und gesundheitliche Chancengleichheit stärken. Gute Gesundheit beginnt lange vor einer medizinischen Behandlung. Deshalb messen wir Prävention einen hohen Stellenwert bei.

Gleichzeitig halten wir es für wichtig, Programme regelmäßig hinsichtlich ihrer Wirksamkeit zu evaluieren. Öffentliche Mittel sollten dort eingesetzt werden, wo sie nachweislich einen Beitrag zur Verbesserung der Gesundheit leisten. Eine Fortschreibung bestehender Programme sollte deshalb nicht allein aufgrund ihres

Bestehens erfolgen, sondern anhand transparenter Ziele, nachvollziehbarer Evaluationen und messbarer Ergebnisse.

Besonders wichtig ist uns ein sektorenübergreifender Präventionsansatz. Gesundheitsförderung gelingt dann besonders gut, wenn Gesundheitswesen, Bildung, Sport, soziale Einrichtungen und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. Prävention darf sich nicht auf einzelne Institutionen beschränken, sondern muss die Lebenswelten der Menschen erreichen.

Vor diesem Hintergrund stehen wir einer Fortführung erfolgreicher Präventionsprogramme offen gegenüber, sofern deren Wirksamkeit nachgewiesen ist und sie effizient eingesetzt werden.

5. Welchen politischen Willen verfolgen Sie in Bezug auf nachbarschaftliches Engagement und die Schaffung von Begegnungsräumen?

Eine lebendige Stadt lebt von starken Nachbarschaften. Für uns Liberale entsteht gesellschaftlicher Zusammenhalt vor allem dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen und sich freiwillig engagieren. Politik sollte hierfür gute Rahmenbedingungen schaffen, ohne bürgerschaftliches Engagement durch übermäßige Bürokratie zu erschweren.

Wir setzen uns für lebenswerte Kieze mit attraktiven öffentlichen Räumen, guter Barrierefreiheit und einer vielfältigen sozialen Infrastruktur ein. Begegnungsorte – seien es Stadtteilzentren, Sportvereine, Kulturangebote oder andere Einrichtungen – leisten einen wichtigen Beitrag gegen Einsamkeit und fördern gesellschaftliche Teilhabe.

Gerade Ergotherapeutinnen und Ergotherapeuten bringen wertvolle Kompetenzen mit, wenn es darum geht, Menschen in ihrem Lebensumfeld zu unterstützen und Teilhabe zu ermöglichen. Solche gemeinwesenorientierten Ansätze können insbesondere im Zusammenspiel mit freien Trägern, Bezirken und ehrenamtlichen Initiativen einen wichtigen Beitrag leisten.

Dabei setzen wir auf Subsidiarität: Der Staat sollte Engagement ermöglichen, vernetzen und unterstützen, aber nicht jede Initiative selbst organisieren. Eine starke Bürgergesellschaft entsteht dort, wo Menschen Freiräume erhalten, Verantwortung zu übernehmen.

6. Wie unterstützt Ihre Partei künftig die Umsetzung gemeinwesenorientierter Angebote?

Gemeinwesenorientierte Angebote können einen wichtigen Beitrag leisten, um gesundheitliche und soziale Teilhabe unmittelbar im Lebensumfeld der Menschen zu fördern. Gerade bei älteren Menschen, Menschen mit Behinderungen, chronischen

Erkrankungen oder psychischen Belastungen können wohnortnahe Unterstützungsangebote dazu beitragen, Selbstständigkeit zu erhalten und stationäre Hilfen möglichst lange zu vermeiden.

Wir sehen dabei insbesondere die Stärke lokaler Netzwerke. Erfolgreiche gemeinwesenorientierte Angebote entstehen häufig dort, wo Bezirke, freie Träger, Vereine, Gesundheitsberufe und engagierte Bürger gemeinsam Verantwortung übernehmen. Diese Zusammenarbeit möchten wir stärken und bürokratische Hürden abbauen, die einer solchen Kooperation heute häufig entgegenstehen.

Für uns steht nicht der Aufbau neuer Verwaltungsstrukturen im Vordergrund, sondern die Verbesserung der Rahmenbedingungen für diejenigen, die bereits vor Ort Verantwortung übernehmen. Förderprogramme sollten stärker auf ihre Wirkung ausgerichtet, Antragsverfahren vereinfacht und Kooperationen zwischen Gesundheitswesen, Sozialbereich, Bildung und Quartiersarbeit erleichtert werden.

Ergotherapeutinnen und Ergotherapeuten verfügen über besondere Kompetenzen bei der Förderung von Selbstständigkeit und Teilhabe. Wo ihre Expertise dazu beiträgt, Menschen ein selbstbestimmtes Leben im vertrauten Umfeld zu ermöglichen, sollte sie frühzeitig und interprofessionell eingebunden werden. Dies gilt insbesondere in Quartieren mit einem hohen Anteil älterer Menschen oder besonderem Unterstützungsbedarf.

Dabei ist uns wichtig, dass innovative Projekte nicht dauerhaft Modellcharakter behalten, sondern bei nachgewiesenem Nutzen in eine verlässliche Versorgung überführt werden können.

7. Welche Rahmenbedingungen wollen Sie schaffen, damit Ergotherapeutinnen und Ergotherapeuten evidenzbasiert zur gesundheitlichen und sozialen Chancengleichheit beitragen können?

Gesundheitliche und soziale Chancengleichheit beginnt für uns mit einem funktionierenden Gesundheitssystem, das allen Menschen unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Wohnort einen guten Zugang zu hochwertiger Versorgung ermöglicht. Ergotherapeutinnen und Ergotherapeuten leisten hierzu einen wichtigen Beitrag, insbesondere wenn es um Prävention, Rehabilitation, Inklusion und die Erhaltung von Selbstständigkeit geht.

Evidenzbasierte Versorgung setzt allerdings geeignete Rahmenbedingungen voraus. Deshalb wollen wir Gesundheitsversorgung, Wissenschaft und Gesundheitswirtschaft stärker miteinander vernetzen, Forschung erleichtern und Innovationen schneller in die Versorgung bringen. Berlin soll sich als führender Standort für digitale und innovative

Gesundheitsversorgung weiterentwickeln. Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen schneller den Weg in den Versorgungsalltag finden.

Ebenso wichtig ist eine spürbare Entlastung von Bürokratie. Zeit, die heute in Dokumentations- und Verwaltungsaufgaben gebunden wird, fehlt unmittelbar für die Arbeit mit Patientinnen und Patienten. Digitale Prozesse, interoperable Systeme und moderne Verwaltungsstrukturen können therapeutische Berufe erheblich entlasten und mehr Raum für ihre eigentlichen Kernaufgaben schaffen.

Chancengleichheit bedeutet für uns außerdem Barrierefreiheit in einem umfassenden Sinn. Neben der baulichen Barrierefreiheit gehören hierzu verständliche Verwaltungsverfahren, digitale Zugänglichkeit und eine gute Vernetzung der verschiedenen Unterstützungsangebote. Ergotherapeutinnen und Ergotherapeuten können ihre Kompetenzen besonders wirksam entfalten, wenn sie in gut funktionierende multiprofessionelle Versorgungsstrukturen eingebunden sind und ihre fachliche Expertise gleichberechtigt eingebracht wird.

8. Wie positioniert sich Ihre Partei zu den auf Bundesebene diskutierten Einsparungen bei Leistungen der Eingliederungshilfe und Assistenz?

Für die Freien Demokraten ist gesellschaftliche Teilhabe kein nachrangiges sozialpolitisches Ziel, sondern Ausdruck der Menschenwürde und Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Menschen mit Behinderungen müssen die Unterstützung erhalten, die sie benötigen, um gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Daran orientieren wir unsere Politik.

Das Bundesteilhabegesetz verfolgt den richtigen Grundgedanken, Leistungen stärker am individuellen Bedarf auszurichten und Selbstbestimmung zu stärken. Diesen Ansatz unterstützen wir ausdrücklich. Gleichzeitig müssen die sozialen Sicherungssysteme dauerhaft finanzierbar bleiben. Deshalb halten wir eine regelmäßige Überprüfung bestehender Leistungen auf Wirksamkeit und Zielgenauigkeit für richtig. Eine solche Evaluation darf jedoch nicht mit pauschalen Kürzungen verwechselt werden.

Die in den Medien diskutierten Überlegungen zu möglichen Einsparungen bewerten wir deshalb differenziert. Einsparungen dürfen niemals zulasten der notwendigen Teilhabeleistungen für Menschen mit Behinderungen erfolgen. Wo Leistungen nachweislich erforderlich sind, müssen sie weiterhin zuverlässig erbracht werden. Gleichzeitig halten wir es für legitim, Verwaltungsabläufe zu vereinfachen, Doppelstrukturen abzubauen und vorhandene Mittel effizient einzusetzen.

Auf Landesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass Leistungen der Eingliederungshilfe transparent, zügig und bürgerfreundlich erbracht werden. Menschen mit Unterstützungsbedarf sollten sich nicht durch komplizierte Verwaltungsverfahren

kämpfen müssen. Ziel muss eine leistungsfähige Verwaltung sein, die Teilhabe ermöglicht statt erschwert.

9. Welche Konzepte verfolgt Ihre Partei zur strukturellen, fachlichen und finanziellen Einbindung therapeutischer Berufsgruppen – insbesondere der Ergotherapie – in multiprofessionelle Teams an Regelschulen?

Kinder lernen erfolgreich, wenn unterschiedliche Professionen ihre jeweiligen Kompetenzen zusammenführen. Deshalb unterstützen wir den Ausbau multiprofessioneller Teams an Berliner Schulen. Neben Lehrkräften gehören hierzu – abhängig von den jeweiligen Bedarfen – unter anderem Schulsozialarbeit, Schulpsychologie sowie weitere pädagogische und therapeutische Fachkräfte.

Dabei möchten wir allerdings bewusst keine zentralistisch vorgegebenen Personalmodelle für alle Schulen schaffen. Die Herausforderungen unterscheiden sich zwischen den Schulen erheblich. Deshalb setzen wir insgesamt auf mehr Eigenverantwortung der Schulen und größere Gestaltungsspielräume bei der Zusammensetzung ihrer multiprofessionellen Teams.

Ergotherapeutinnen und Ergotherapeuten können insbesondere dort einen wichtigen Beitrag leisten, wo Kinder Unterstützungsbedarfe im Bereich Motorik, Wahrnehmung, Konzentration, Selbstorganisation oder sozialer Teilhabe haben. Ihr Einsatz sollte sich am konkreten Bedarf der jeweiligen Schule orientieren und eng mit Lehrkräften, Schulsozialarbeit, Schulpsychologie sowie den Eltern abgestimmt erfolgen.

Wesentlich erscheint uns außerdem eine gute Verzahnung zwischen Schule, Jugendhilfe, Gesundheitswesen und den Familien. Erfolgreiche Unterstützung endet nicht an der Klassenzimmertür. Ziel muss vielmehr sein, vorhandene Hilfesysteme besser miteinander zu vernetzen und Doppelstrukturen zu vermeiden.

10. Wie sollen fachliche Leitung, professionsspezifischer Austausch, Fortbildung und Qualitätssicherung gewährleistet werden?

Eine nachhaltige Qualität multiprofessioneller Arbeit setzt klare fachliche Standards, kontinuierliche Fortbildung und regelmäßigen professionsübergreifenden Austausch voraus. Dies gilt ausdrücklich auch für therapeutische Berufsgruppen.

Wir halten es für sinnvoll, dass therapeutische Fachkräfte ihre fachliche Identität und ihren professionsspezifischen Austausch unabhängig von schulischen Leitungsstrukturen erhalten können. Gleichzeitig müssen multiprofessionelle Teams vor Ort eng zusammenarbeiten und gemeinsame Verantwortung für den Bildungserfolg der Kinder übernehmen.

Fort- und Weiterbildung verstehen wir als selbstverständlichen Bestandteil professioneller Berufsausübung. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse, digitale Möglichkeiten und innovative Therapiekonzepte müssen zeitnah in die Praxis gelangen. Deshalb unterstützen wir eine wissenschaftsbasierte Fortbildungskultur sowie die enge Zusammenarbeit mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Qualitätssicherung sollte sich aus unserer Sicht nicht in zusätzlichen Dokumentationspflichten erschöpfen. Entscheidend ist vielmehr, ob Maßnahmen nachweislich den Kindern zugutekommen. Evaluationen sollten sich deshalb an den tatsächlichen Ergebnissen orientieren und nicht am Umfang administrativer Nachweise.

Unser Ziel ist eine Schule, die multiprofessionell arbeitet, wissenschaftliche Erkenntnisse nutzt und den unterschiedlichen Bedürfnissen der Kinder gerecht wird. Ergotherapeutinnen und Ergotherapeuten können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten, wenn ihre Expertise bedarfsgerecht, qualitätsgesichert und partnerschaftlich in die schulische Arbeit eingebunden wird.

Sehr geehrte Frau Bartenstein, wir danken Ihnen nochmals sehr herzlich für Ihr Interesse an den Positionen der FDP Berlin. Fragen und Antworten werden wir auch auf unserer Website veröffentlichen.

Herzliche Grüße

Christoph Meyer
Landesvorsitzender und Spitzenkandidat der FDP Berlin